

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Leipzig, Linden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontokonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringselgeld monatlich 1,50 M. Auch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 20. 7. 10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunden nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltigen Zeilen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 268.

Dresden, Sonnabend den 16. November 1918.

29. Jahrg.

## Mar von Baden über die Vorgeschichte der Umwälzung.

### Die Räumung der Westgebiete. — Die Bestimmungen über die Soldatenentlassung. Deutscher Dank an Wilson.

#### Vorbereitungen über die Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 15. November. Nach einer Neutermelung aus London schreibt Daily Chronicle, daß die Friedenskonferenz Anfang 1919 in Versailles zusammentreten werde. Zu den britischen Bevollmächtigten würden Lloyd George, Balfour und Barnes gehören. Das Personal der britischen Delegation werde vermutlich über 200 Personen zählen.

Amsterdam, 15. November. Die Daily News erzählten vom 14. November aus Paris, daß die Friedenspräliminarien in Versailles stattfinden werden, und zwar wenn die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt sein werden, also vermutlich in ungefähr einem Monat. Zu dieser Zeit werden die verbündeten Regierungen das Programm ihrer Vorbereitungen fertig haben, das sie später dem Friedenskongreß vorlegen werden.

Paris, 15. November. Sonnino und Balfour sind gestern in Paris eingetroffen. Lloyd George und Orlando werden in einigen Tagen erwartet. Es sollen alsbald Vorbereitungen zur Vorbereitung der Friedenspräliminarien beginnen. Obwohl die Vereinbarungen des Waffenstillstands haben die deutschen Parteien gewonnen, sich zurückzuziehen. Wien und Rom sind von den Amerikanern besetzt worden. Montag oder Dienstag wird die Besetzung von Metz erwartet, die von Straßburg wird darauf folgen. Gemäß den Vereinbarungen zwischen Hoch und den deutschen Unterhändlern ist eine Frist von fünf Tagen in Aussicht genommen zur Herausgabe des Kriegsmaterials, das unter die Bestimmungen des Waffenstillstands fällt. Daraus werden die verbündeten Armeen sofort die Befreiung der freierwerbenden Gebiete verlangen nach Weggabe ihrer Räumung.

#### Rückgabe des Landes Rheinland?

Berlin, 15. November. Die Times melden der Nat.-Staatsrat, die Friedensverhandlungen würden in der letzten Novemberwoche beginnen. Berner veröffentlichten Temps und Matin gleichzeitige Informationen aus dem Ministerium, wonach das linke Rheingebiet außer Elzass-Lothringen nur besetzt, aber nicht veranlagt werden soll. Der Temps gibt eine Erklärung des Reichs im Hinblick für Autorität wieder, wonach das linke Rheingebiet, außer Elzass-Lothringen, an die deutsche Republik bald zurückgegeben werden soll. Wie der Matin meldet, liegen dem Kriegsrat in Versailles Einladungen von der Schweizerischen und belgischen Regierung auf Gasfreibriefe für die bevorstehende Friedenskonferenz vor. Die verbündeten Kabinete haben sich in dieser Beziehung noch nicht schlüssig gemacht.

#### Die Vorgänge vor der Revolution.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der ersten Wochentage November, deren Vorbereitungen er war, über seine Führung der Reichsgeschäfte nachzugehen. Da der Reichstag nicht mehr einberufen werden konnte, konnte der Prinz die Rede nicht mehr halten. Sie wird jedoch von der Redaktion der Dresdner Volkszeitung als Flugblatt veröffentlicht.

Prinz Max erklärt, er sei sich bei Übernahme des Reichskanzleramts dessen bewußt gewesen, daß der Krieg verloren war. Er habe Deutschland, soweit dies noch möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerbundpolitik zu retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Der Hauptgrund dieses Mißerfolges gibt er folgendermaßen an:

Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bezeugt, weil ich aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten.

Ich möchte den Gegengewicht, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unter Vereinbarung mit den Grundgedanken des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsre Bereitwilligkeit, diesen Grundgedanken auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, daß die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr erwartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgelehnt, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entließ ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unentbehrlich gewordene Waffenstill-

standsangebot mit dem Namen der neuen, unbefestigten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Prinz Max schildert nun die Wirkung des Waffenstillstandsangebots. Bei der Entente wurde der Siegesübermut gestärkt, die Sonderaktionen der Verbündeten wurden beschleunigt, weiterer Widerstand bot keine Aussicht auf Erfolg, es mußte nur vor den Feinden die Möglichkeit aufrecht erhalten bleiben, daß es bestimmte Grenzen gab, gegen die Deutschland selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würde.

Prinz Max geht dann auf die Ursachen des Zusammenbruchs in der inneren Politik ein. Die Ausschaltung aller Regierungen war im besten Gange, bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, bei dem zweiten nahm er keinen Rücksicht. Da kam die Auflösung der Abdankungsfrage durch den Präsidenten Wilson. Der Prinz habe den Kaiser dauernd orientiert, dessen freiwilliger Entschluß, das Reich vor schweren Erschütterungen zu bewahren konnte. Man dürfe das Jagen des Kaisers nicht falsch verstehen, es waren gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Dann fährt Prinz Max wörtlich fort:

Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näher rücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich nach am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Ergebnis meines Besuchs abzuwarten. Am Nachmittag desselben Tages überbrachten mir die Herren Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu verweigern, sondern zu übergeben.

Sie werden es mir erlauben, über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsbesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz zu

#### ohne einen Bürgerkrieg

vollziehen zu lassen. Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechnen. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gleichzeitigen Verarmung, die nach dem Zerfall Österreichs eine Ehrenpflicht geworden war.

Der Umsturz hat sich unwillkürlich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten, und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es übergegangensache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzurückgebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassungsgebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Unversierte Macht erträgt das neue, befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volkregierung am 1. Oktober von der Diktatur Ludendorffs befreit; es wird keine andre Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung anbefehlen müßten.

Der frühere Reichskanzler sagt dann weiter, daß militärischer Widerstand unmöglich sei, aber moralischer geleistet werden müsse. Der uns zugesandte Friede sei viel schlimmer als der „wahrlich nicht nachahmenswerte“ Friede von Breitenburg. Würden die Waffenstillstandsbedingungen bleiben wie sie sind, so sei der Völkerbund tot vor seiner Geburt.

Die Hauptbedeutung dieser Schrift des Kanzlers der zwischenrevolutionären Epoche liegt in der Klarlegung der Umstände, unter denen das Waffenstillstandsangebot zustande gekommen ist. Die alldeutsche Lüge, die Politik der demokratischen Regierung hätte dem gerühmten Militarismus das Rückgrat abgebrochen, wird schonungslos enthüllt. Ludendorff hat zum Abschluß des Waffenstillstands und damit zum Frieden um jeden Preis gedrängt.

#### Gegen den Bolschewismus.

Die Chemnitzer Volksstimme, die in ihrer gestrigen Ausgabe an der Spitze des Hauptblattes den von uns entschieden verurteilten, äußerst unglücklichen Aufruf an das sächsische Volk ohne jeden Kommentar gebracht hatte, nimmt in der heutigen Nummer unter der Aufschrift Bolschewismus oder Rinderei scharf gegen diese Ausgeburt sozialer Ueberstiegenheit Stellung und führt dabei u. a. aus:

Drei Minuten vor Schluß des Blattes ging uns gestern der Aufruf zu, den wir dann an der Spitze des Blattes brachten und den das Chemnitzer Tageblatt ganz richtig unter der Ueberschrift Entschuldigungsabsichten des revolutionären Proletariats bringt. Wir hielten uns nicht für befugt, diesen Aufruf zu unterstützen, denn schließlich ist er von Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz ohne Unterschied der Partei unterschrieben, und es geht nicht an, solche Kundgebungen einfach zu verurteilen. Heute möchten wir uns nun zunächst mit diesem Aufruf kritisch beschäftigen und dann einen Blick in die politischen Verhältnisse tun, die er eröffnet.

Wir beginnen damit, daß wir feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei von Chemnitz und die Redaktion der Volksstimme diesen Aufruf ganz und gar verwerfen. Wir erklären, daß er ein Dohn an alle sittlichen Ideale und wissenschaftlichen Erkenntnisse des Sozialismus ist und daß er die Revolution aufs schwerste sittlich kompromittiert. Wir erklären, daß wir alles tun werden, um aus den Reihen der revolutionären Demokratie, des revolutionären Sozialismus diesen Geist der rohen Gewalt, des rücksichtslosen Klasseninteresses hinauszulenken, und daß wir die Errichtung eines Gesellschaftsbaus von der Art, wie es in dem Aufruf gekennzeichnet ist, für ein ebenso schweres Unheil halten würden, wie die alte Reaktion es war.

Zur Begründung dieses absolut verdammen Urteils stellen wir zunächst fest, daß es nicht wahr ist, daß Verwirklichung des Sozialismus heißt: „Entlassung des Privatbesitzes von Grund und Boden, Berg- und Hüttenwesen, Banken, Rohstoffen, Maschinen, Verkehrsmitteln usw.“ Es gibt freilich schon seit längerer Zeit eine kleine, aber lächerlich ausgeblähte Gruppe im Proletariat, die sich bemüht, uns einzureden, die einfache Enteignung aller im früheren kapitalistischen Gesellschaftssystem existierenden wirtschaftlichen Rechte und Besitztümer sei Sozialismus, sei Verwirklichung des Sozialismus. Aber wir wollen uns doch jetzt nicht gefallen lassen, daß die Vertreter eines solchen Halbsozialismus sich als Vertreter des sächsischen Volkes aufspielen und uns angeblich in dessen Namen versichern, Verwirklichung des Sozialismus sei das Vergegenständlichen der Produktionsmittel, d. h. Ueberführung der Produktionsmittel in die Ueberaufsicht der Gesellschaft, Anbahnung einer gerechten Vermögensverteilung und einer gerechten, das heißt gleichheitlichen Verteilung der Anprüche an alle Genusgüter der Kultur, das ist es, was die Sozialdemokratie Deutschlands bisher unter Verwirklichung des Sozialismus verstanden hat.

Man rede uns doch nicht ein, daß Uebernahme der Produktion durch das Proletariat Verwirklichung des Sozialismus bedeute. Von unsren wissenschaftlichen Lehrern Marx und Engels haben wir die Wahrheit eingesehen, daß der Aufstieg des Proletariats das Ende der Klassenherrschaft sein soll, nicht aber die Aufhebung einer neuen, womöglich noch viel brutaleren Klassenherrschaft der Proletariatsmassen über das Bürgertum. Einigung der Klassen zum freien Volk, aber, wie der Aufruf sagt, „Vertilgung der Knechtschaft in jeder Form“ ist etwas ganz anderes als „absolute Herrschaft des Proletariats über die Arbeiterklasse“, und wer es fertig bringt, solche vollkommen vereinbaren Gegensätze nebeneinander zu stellen, als wenn das ganze in Ordnung wäre, der setzt dadurch nur, daß er entweder auferstande ist, den logischen Widerspruch zu beurteilen und zu erkennen, den er da verapft, oder daß er bösen Willens die Sinnlosigkeit dieser gegensätzlichen Forderungen zwar bemerkt, sich aber so stellt, als bemerke er sie nicht, und so Trübung erzeugt, um im Trüben zu waten.

Aber daß diese Propaganda so lächerlich ist, hindert nicht, daß sie leider recht gefährlich ist. In dieser Beziehung wehrt der deutsche Bolschewismus von Dnipriks über Wölfe zu Metz sehr wohl, weshalb er gerade diesen Augenblick zu seinem Fortschritt ausgenutzt hat. Er will Verwirrung erzeugen, er will konterrevolutionäre Kräfte erwecken, er braucht soziale Unordnung, um seine Ziele verfolgen zu können, und er bildet sich ein, daß die Rückkehr der Soldaten aus dem Feld, die in diesen Tagen beginnt, seiner Konzeption fruchtbarer Nährboden bieten wird. Nach unsren Erfahrungen beliebt kein Anlaß, von Deutschlands Soldaten so klein zu denken. Aber es ist nicht zu verkennen, daß einer solchen Propaganda Unordnung im Maßstab vielfach entgegenkommt, und daß die Gefahr besteht, daß wenigstens für einen Augenblick der Geist durchdringt. Denn die Demobilisierung wird große Ernährungschwierigkeiten und höchst komplizierte Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, verwickelt durch missenhafte Arbeitslosigkeit, mit sich bringen und so die Stimmung zur Siebzehnte steigern.

Diese Kritik ist durchaus berechtigt; wir teilen auch die oben gemachten Argumente, wenn wir auch gestern das Hauptgewicht darauf gelegt haben, daß Propagandisten solcher Art schon deshalb unterliegen müssen, weil sie die Einheitlichkeit des Handelns gefährden. Aber offenbar ist es dem So-